

TRANSPARENZ – PORTAL

Der Vorgang

Die öffentliche Berichterstattung über das gegen mich eingeleitete Ermittlungsverfahren ist Anlass dafür, dass ich auf die Hintergründe angesprochen werde. Mit diesem „Transparenz-Portal“ schaffe ich eine Plattform, auf der ich anlassbezogen zu den Vorgängen Stellung nehme.

Klarer Blick auf die Abläufe

Die Villa Sophienhöhe ging am 28.07.2018 in das Eigentum chinesischer Gesellschafter über. Das Hotel wurde mit deutscher Küche weitergeführt. Ich übernahm die Geschäftsführung, zuletzt mit zwei weiteren Geschäftsführern. Altersbedingt sollten diese mich im Jahr 2024 ablösen.

Ich führte die Geschäfte annähernd sieben Jahre lang. Auf eine Honorierung habe ich verzichtet. Das war sicher ungewöhnlich. Mir ging es nicht ums Geld, sondern um die von mir geplante Umsetzung verschiedener Projekte. So gewährte ich auch dem neuen Hotelbetrieb privat einen sechsstelligen Kredit als Investitionskapital. Auch das war ungewöhnlich, lag aber in dem Bereich meiner Interessen. Ich schildere dies, um Spekulationen vorzubeugen.

Vertreten wurde ich in Steuer- und Rechtsfragen durch eine Wirtschaftskanzlei in Köln, der ich vertrauen durfte. Leider unterlag ich hier einem Trugschluss. Gegen die Kanzlei leitete die Staatsanwaltschaft Düsseldorf ein Ermittlungsverfahren ein und weitete das Verfahren wegen des Verdachts einer Beteiligung auf meine Person aus.

Unverständlich ist für mich, dass dem Hotelbetrieb die Geschäftskonten gesperrt wurden. Der Betrieb hatte nichts mit den ausländerrechtlichen Rechtsfragen zu tun.

Wir, die drei Geschäftsführer, waren gezwungen die Insolvenz zu beantragen. Ohne den Zugriff auf die erwirtschafteten Einnahmen hätten wir eine verschleppte Insolvenz ausgelöst. Die Notwendigkeit und die Auswirkungen dieses Vorganges bedürfen der Klärung. Die Kapitalvernichtung durch die staatlich veranlassten Maßnahmen gehört dazu.

Der Betrieb wurde durch uns, den drei Geschäftsführern, in Abstimmung mit einem vom Amtsgericht Köln bestellten Insolvenzverwalter weitergeführt. Der Übergang auf eine neue Eigentümerin erfolgte zum 01.09.2024.

Das „Business & Inkubator-Zentrum“ war mein Ziel

Als langjähriger Kommunal- und Landespolitiker sah ich mit dem Ausstieg aus der Braunkohle und deren Verstromung große Struktureinbrüche auf den von mir bis zum 31.06.2013 geleiteten Rhein-Erft-Kreis zukommen. Ich wollte als Unternehmensberater weiter konstruktive Beiträge für meinen Heimatraum leisten. Mit insgesamt sieben Themenfelder sollte eine Belebung des Marktes an Rhein und Erft erfolgen.

Mein Ziel war auch, Absatzmärkte für Unternehmen im Rheinland auf dem chinesischen Markt zu vermitteln. Ursächlich war hier meine gute Vernetzung in diesem Geschäftsfeld.

Die Koordination sollte von der Sophienhöhe in der Stadt Kerpen ausgehen, dort, wo ich inzwischen den Hotelbetrieb zu einem *Business & Inkubator-Zentrum* ausgebaut hatte. In dem laufenden Ermittlungsverfahren werde ich meine Planungen umfassend offenlegen.

Mein Engagement – mein Beitrag für meinen Heimatraum

Der breiten Öffentlichkeit ist bekannt, dass ich mehr als 60 Jahre für den deutschen Rechtsstaat gearbeitet habe; dies als Staatsbeamter des Bundesministers des Innern, als Bürgermeister der Kolpingstadt Kerpen, als Abgeordneter des Landes NRW und als Landrat des Rhein-Erft-Kreises, zugleich auch als Leiter der Kreispolizeibehörde Rhein/Erft. Diese Ämter führte ich gesetzestreu, pflichterfüllt und ehrlich aus. In der Kommunal- und Landespolitik stand stets mein Heimatraum im Vordergrund.

Alles zur richtigen Zeit

Im Hinblick auf mein Alter (heute: 82 Jahre) wusste ich, dass ich die Netzwerk-Strukturen ohne meine längere zeitliche Einbindung planen musste. Hier liegt die Ursache dafür, dass meine Frau und ich das Anwesen *Villa Sophienhöhe* an eine neu gegründete „*Deutsch-Chinesische Trade OHG*“ veräußert hatten. Nur noch für eine Übergangszeit hatte ich mein aktives Mitwirken zugesagt.

Das 25jährige Bestehen des Hotels *Villa Sophienhöhe* durften meine Frau und ich noch am 30. März. 2024 feiern. Wir schauten gemeinsam auf unsere Erfolgsgeschichte zurück. Der Zugriff wenige Tage später am 17.04.2024 durch die Staatsanwaltschaft beendete abrupt unsere Lebensleistung.

Der Veräußerungspreis für die *Villa Sophienhöhe* wurde durch den Immobilienmarkt taxiert. Auf Weisung des Amtsgerichts Köln erfolgte im Jahr 2024 die Vergabe eines aktuellen Wertgutachtens. Der Kaufvertrag mit Kaufpreis wurde bestätigt. Es war ein Vertrag ohne jede Vorteilsnahme und Gegenleistung.

Auf den Business-Plan (Gründungsbericht) kam es an.

Der Geschäftsplan der *Trade OHG* wurde von den kommunalen und regionalen Wirtschaftsförderungen gelobt. NRW-Invest, die Wirtschaftsförderung des Landes NRW, wie auch das NRW-Wirtschaftsministerium in Düsseldorf wurden zu Partnern bei der Umsetzung von Vorhaben. Besonders sah die IHK Köln in dem Geschäftskonzept einen Mehrgewinn für unseren Heimatraum. Die Kammer begrüßte ausdrücklich meine präzise formulierten Geschäftsabsichten.

Auf dieser Geschäftsgrundlage wurden die Anträge zur Erteilung eines Deutschland-Visums für die chinesischen Gesellschafter gestellt. Das Ausländeramt der Stadt Kerpen erteilte die erforderliche Vorabzustimmung. Wir waren auf einem guten Weg.

Anders verhielt sich die deutsche Botschaft in Peking. Sie negierte den Geschäftsplan und versagte den chinesischen Antragstellern das beantragte Deutschland-Visum.

Zuvor wurde das Ausländeramt der Stadt Kerpen noch massiv durch die deutsche Botschaft bedrängt. Das Fachamt sollte seine Rechtsauffassung ändern. Die Stadt Kerpen widersprach. Sie blieb in Abstimmung mit der IHK Köln bei ihrer Rechtsposition.

Damit befand ich mich zusammen mit den chinesischen Antragstellern zwischen zwei staatlichen Rechtsmeinungen. Ab hier wurde es kompliziert. Die Aufklärung steht an.

Boycott der deutschen Botschaft

Ich werfe der deutschen Botschaft in Peking wie auch den eingebundenen Konsular Behörden in China nicht nur bei den Antragsverfahren eine willkürliche Bearbeitung vor, sondern auch einen nachvollziehbaren Ermessensmissbrauch. Es fehlte der VISA-Abteilung zudem an fachlicher Kompetenz für die Marktverhältnisse an Rhein und Erft. Noch schlimmer aber war für mich die Rechtsbeugung, die sich gegen den Willen des deutschen Bundestages richtete. Der Boykott des vorgelegten Geschäftsmodells war die Folge. Ich betrachte die Vorgänge als einen Skandal. Aufklärung ist angesagt.

Intern kommunizierte die Botschaft mit dem Bundesaußenministerium und stellte fest: „*Formal sind die Anträge nicht mehr angreifbar*“. Das Bundesaußenministerium empfahl aufgrund fehlender Vorstellungskraft die Anträge abzulehnen und kommentierte:

„*Bei allem Sturm von außen, sind wir bei Ablehnungen auf der sicheren Seite.*“ - „*Hier wäre es ggfs. einmal interessant, wie die Sachverhalte auf gerichtlicher Ebene bewertet würden.*“

Bei dieser Art der Fallbearbeitung drängt sich bei mir der Eindruck auf: *Schreibtisch freigeräumt, Problem erledigt. Wir, das deutsche Außenministerium, haben uns nach unserem Bauchgefühl entschieden. Sollen sich doch die Gerichte darum kümmern.* - Was ist das für eine Arbeitskultur?

Die Methode deutscher Konsular Behörden

Die ehemalige Bundesaußenministerin Annalena Baerbock erklärte in einem WDR-Talk am 12.01.2025 zu der Bearbeitung von Visum-Anträgen, dass die diplomatischen Vertretungen generell dazu neigen die Anträge negativ zu betrachten. Sie habe das geändert und damit mehr Transparenz in den Genehmigungsverfahren sichergestellt. In den Vorgängen zur Sophienhöhe kam diese Regulierung für mich und die chinesischen Visum-Antragsteller zu spät.

Die Klärung der Visum-Antragsverfahren steht jetzt an. Ich stelle mich den Vorgängen. Sollte ich Fehler gemacht habe, so stehe ich dafür ein. Bis zu dieser Klärung gilt für mich die Unschuldsvermutung.

Werner Stump